



Präsentation der Finanzplatz München Initiative in Brüssel  
27. Juni 2007

## „Der Bankenplatz Bayern im Dialog mit Europa“

Rede von Erhard Gschrey

Verbandsdirektor, stellvertretender Vorstandsvorsitzender  
Genossenschaftsverband Bayern

Es gilt das gesprochene Wort!



# Finanzplatz München Initiative

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich hoffe, Sie alle haben den heutigen Besuch der Finanzplatz München Initiative in Brüssel als ebenso lohnend und erfolgreich wie ich empfunden.

Nach den Eindrücken des heutigen Tages hat sich mir eine zentrale Erkenntnis wieder einmal nachhaltig bestätigt: Auch und gerade für einen bedeutenden Finanzstandort wie dem Finanzplatz München/Bayern ist die aktive Zusammenarbeit mit den Organen und Gremien der Europäischen Union von essentieller Bedeutung. Denn das Ziel der EU, einen umfassend integrierten europäischen Finanzmarkt zu schaffen, betrifft uns alle, ob wir nun aus der Banken-, der Versicherungs- oder der Private Equity-Branche kommen. Der Finanzplatz München ist nach Frankfurt der wichtigste deutsche Finanzplatz und im Übrigen der wichtigste Standort der Versicherungsbranche in Deutschland.

Ein föderalistisches System wie dies in der Bundesrepublik Deutschland vorliegt, bietet den unschätzbaren Vorteil, dass sich in Deutschland ein besonders intensiver Wettbewerb entwickelt hat. So verfügt Deutschland nicht nur über einen nationalen Finanz- und Bankenplatz, sondern die großen Metropolen in den verschiedenen Bundesländern liefern sich einen harten Wettbewerb um die besten Angebote und Herausforderungen der internationalen Kapitalmärkte. In Deutschland herrschen im Bankenbereich keine starren Strukturen bzw. verteilte Märkte. Vielmehr und dies gilt für alle 3 (4) Säulen gleichermaßen:

- Groß- und Privatbanken
- Sparkassen
- Kreditgenossenschaften
- (Auslandsbanken)

liefern sich einen harten Wettbewerb. Die Margen sind in nahezu keinem anderen Land so unter Druck wie in Deutschland, was folglich zum Vorteil der Bankkunden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Finanzplatz München/Bayern einige wenige Zahlen vorzutragen:

- Der Finanzplatz München, den wir heute repräsentieren, verkörpert rd. 500 Banken, davon 82 private Banken, 78 Sparkassen und 341 Kreditgenossenschaften.



## Finanzplatz München Initiative

- Sie weisen eine Bilanzsumme von knapp 1 Billion Euro auf.
- Sie beschäftigen rd. 120.000 Mitarbeiter.
- Sie unterhalten insgesamt knapp 10.000 Bank-/Geschäftsstellen in Bayern und versorgen damit alle Bevölkerungsschichten in den Regionen im Privat- und Firmenkundengeschäft.
- Sie verwalten von Kunden insgesamt 433 Mrd. Euro Kundeneinlagen und
- haben rd. 477 Mrd. Euro Kredite an Kunden (Privat- und Firmenkunden) ausgereicht.

Insgesamt gesehen kann der Bankenplatz Bayern ein breites Angebot von Geschäftsstellen und Dienstleistungen über alle Bankengruppen anbieten. Wir sind deshalb dankbar, dass wir heute die Gelegenheit haben und hatten mit hochkarätigen Personen der EU, (sowohl der Kommission als auch des Parlaments), unsere Anliegen zu erörtern,

- denn Europa braucht uns und
- wir brauchen Europa.

Es fällt daher in unseren ureigensten Verantwortungsbereich, die Handlungsfelder der EU laufend zu analysieren und hieraus bereits im Vorfeld unsere Schlussfolgerungen im Hinblick auf zu erwartende Maßnahmen auf EU-Ebene zu ziehen und uns rechtzeitig mit geplanten Maßnahmen auseinander zu setzen.

Auch für einen starken Finanzplatz München ist das Eingebundensein in die EU lebensnotwendig. Abgesehen von den heute schon geführten Gesprächen möchte ich einige wenige Bereiche ergänzend ansprechen, bei denen wir noch Handlungsbedarf sehen.

Zum 1. November 2007 müssen in allen nationalen Ländern – so auch in Deutschland – die Regelungen zu MiFid umgesetzt sein. Nachdem sich die politischen Umsetzungen in Deutschland verzögert haben, hat sich der Zeitraum für die Umsetzung bei den Banken ebenfalls verkürzt. Dies gilt nach unserer Erkenntnis auch für viele andere Staaten. Der Zeitplan für die Umsetzung ist viel zu knapp bemessen. Eine Fristverlängerung wäre nach unserer Auffassung dringend geboten.

Eine besondere Thematik zeigt sich gegenwärtig bei den Bestrebungen zu einer Internationalisierung der Rechnungslegung: Hier hat im Februar dieses Jahres



## Finanzplatz München Initiative

das International Accounting Standard Board Bilanzierungsregeln nach IFRS for SME`s (für kleine und mittlere Unternehmen) veröffentlicht, ohne die Anliegen des deutschen Mittelstands adäquat zu berücksichtigen. Die Mitarbeit auf EU-Ebene ist hier unsere wichtigste Chance, unsere Interessen zu wahren.

Denn im Gegensatz zum IASB besteht auf EU-Ebene die Möglichkeit einer demokratisch legitimierten, fachlichen Begleitung am andauernden Standardisierungsprozess.

Der Mittelstand (SME – small and medium sized entities) sollte von den Verpflichtungen der IAS gänzlich verschont werden. Die Kosten-/Nutzen-Betrachtung ist unzureichend, wir fordern daher, dass die Anwendung der IFRS-Bilanzregeln auf kapitalmarktorientierte Unternehmen beschränkt bleibt.

Als Adressaten bei IFRS for SME`s sind nur der Unternehmer, die Banken und der Fiskus anzusehen. Sowohl die Unternehmen als auch die Banken fordern keine Abschlüsse nach IFRS. Der Fiskus benötigt ohnehin eine gesonderte Steuerbilanz oder eine abgeleitete Steuerbilanz aus der Handelsbilanz.

Nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen haben ein anderes Verständnis von Informationsbedürfnissen als die Anteilseigner von kapitalmarktorientierten Unternehmen (Shareholder-Value).

Banken benötigen Informationen im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung – es ist jedoch egal, ob diese Informationen aus IAS, HGB, US-GAAP oder anderen Quellen kommen. Informationsquellen sind der Jahresabschluss, die Kontoführung, die Auftragssituation, Business-Pläne etc. Alle Informationen müssen auf deren Realität und Wahrheitsgehalt hin geprüft werden. Im Übrigen haben alle Banken ihre Ratinganforderungen und Informationsbeschaffungen nach Basel II ausgerichtet, die mit IFRS for SME schon wieder angepasst werden müssten.

Und einen letzten Punkt möchte ich aufführen, der sektorenübergreifend für uns alle gilt: Nur mit einem gesteigerten Engagement auf EU-Ebene können wir auch einem der größten Hindernisse für das Unternehmertum in unserer Zeit entgentreten, nämlich den ständig steigenden Bürokratielasten.

Meine Damen und Herren, viele Bankmitarbeiter sind damit abgestellt, staatliche Aufgaben zu erfüllen. Damit muss bereits eine durchschnittliche Volks- oder Raiffeisenbank pro Jahr mehrere 100.000 Euro an bankspezifischen Bürokratiekosten zahlen, und bundesweit kommt man in der gesamten Bankenbranche auf 3,1 Milliarden Euro einer Studie zufolge. Die Brisanz dieser Entwicklung muss uns alle wachrütteln und sollte uns gleichermaßen Ansporn



wie auch Verpflichtung zum konzertierten Handeln sein. Wir begrüßen deshalb nachhaltig alle Bestrebungen auf nationaler Ebene wie auch auf EU-Ebene, die zu einem nachhaltigen Bürokratieabbau führen. Die EU sollte den Rahmen abstecken, die Grenzen aufzeigen, die einzuhalten sind. Es sollte nicht jede Kleinigkeit harmonisiert werden. Innerhalb dieser Bandbreite soll das Zusammenwirken dem Markt, dem Wettbewerb überlassen werden.

Als Fazit bleibt für uns festzuhalten: Wir brauchen Europa und Europa braucht uns. Wir sind uns deshalb des Gewichts, das uns als Repräsentanten eines der wichtigsten Finanzplätze Deutschlands zukommt, bewusst und wollen auch künftig unseren Einfluss und unser Know How und unseren Sachverhalt zum Wohle des Standortes Münchens und der dort niedergelassenen Unternehmen nach besten Kräften einsetzen. Dazu dienen auch die heutigen Gespräche.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit !